



Soziale Arbeit

Palästina: Qualifizierung von Dienstleistungen und Schutzmaßnahmen für Menschen mit Behinderung



Die Situation

Die Palästinensische Gebiete sind allgemein stark risikobehaftet. So ist die West Bank durch eine politische Instabilität und einer Verschlechterung der Sicherheitslage gekennzeichnet. Die Covid-19 Pandemie hat zudem die soziale und ökonomische Lage zusätzlich verschlechtert.

Menschen mit Behinderung machen 5,8 Prozent der palästinensischen Bevölkerung aus, das sind ca. 255.000 Personen. Menschen mit Behinderung sind einem hohen Maß an Marginalisierung und Verstöße gegen ihre Rechte ausgesetzt. Unter ihnen sind wiederum Frauen und Kinder diejenigen, die am meisten von gravierenden Formen von Gewalt und Misshandlung betroffen sind.

Es gibt zahlreiche Probleme in Palästina, die die Inklusion und den Schutz von Menschen mit Behinderung einschränken bzw. verhindern.

Zum einen ist da die fehlende Diagnostik von Kindern mit geistigen Behinderungen zu nennen. So sind die Angebote der Erfassung und Diagnostik bei Kindern mit geistiger Behinderung unorganisiert, nur fragmentiert vorhanden und werden von der Regierung nicht kontrolliert.



Das Projekt wird mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert

Zum anderen gibt es nur mangelhafte Schutzmechanismen für Menschen mit Behinderung. So erleben 20 Prozent der verheirateten Frauen mit Behinderung und etwa 65 Prozent der behinderten Kinder häusliche Gewalt.

Das Projekt

Ziel dieses vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanzierten Projekts ist die Stärkung von Inklusion, Schutz und Förderung der Rechte von Menschen mit Behinderung in Palästina. Dazu soll zunächst die Qualität der Erfassung und Diagnostik von geistigen Behinderungen bei Kindern verbessert werden. Dazu wird zunächst ein Team aus Fachleuten zusammengestellt, die beratende Arbeitstreffen durchführen sollen. Es werden Qualitätskriterien festgelegt und der Schulungsbedarf bei dem Fachpersonal ermittelt. Schließlich werden die Schulungen für das Fachpersonal gehalten. Des Weiteren sollen Schutzmaßnahmen und soziale Dienstleistungen weiterentwickelt werden, um auf die Verletzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen effektiv zu reagieren. Dazu soll das Fachpersonal im zentralen Gesundheitsministerium und in seinem regionalen Gliederungen über eine verbesserte Expertise verfügen, um Kinder mit Behinderung vor Gewalt und Misshandlung zu schützen. Darüber hinaus soll das Lobbying und die Anwaltschaft zugunsten der Durchsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderung durch ein gemeinsames Monitoring und Berichtswesen gestärkt werden. Auf nationaler Ebene werden Status- und investigative Berichte zur Realisierung der Rechte von Menschen mit Behinderungen in Palästina verfasst und an die entsprechenden Stellen verteilt.

Projektnummer: 310-2020-001